



Die Bewältigung der Corona-Pandemie erfordert einen langen Atem. Die Volkswirte der Sparkassen-Finanzgruppe begrüßen die Beschlüsse der Kanzlerin und der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder vom 25. November 2020 zur Verlängerung des Lockdown light.

- Die Beschränkung der Kontakte bleibt neben der strikten Einhaltung der AHA+L-Regeln aktuell das wirksamste Mittel zur Bekämpfung der Pandemie. Mit der Zulassung und Verteilung wirksamer Impfstoffe dürfte dann ein weiterer wichtiger Baustein zur Bewältigung der Pandemie bereitstehen. Die frühzeitige Vorbereitung der Impfungen zum Beispiel durch Aufbau und Koordination flächendeckender Impfzentren ist jetzt von hoher Bedeutung. Die pandemische Historie dieses Jahres zeigt: Frühzeitiges und entschlossenes Handeln bleibt ein Gebot in dieser Zeit.
- Neben der wirtschaftspolitischen Begleitung des aktuellen Lockdown mit verlängerten finanziellen Überbrückungen will auch die Geldpolitik noch einen weiteren Beitrag zur Stützung der schwierigen Lage leisten. Für ihre Ratssitzung am 10. Dezember 2020 hat die EZB ein größeres Paket mit der Rekalibrierung aller Instrumente angekündigt. Von schädlichen Leitzinssenkungen sollte sie absehen. Im Vordergrund werden vor allem Ausweitungen der Ankaufprogramme in Bezug auf Zeit und Volumen stehen. Die Kosten der dadurch weiter aufgeblähten Überschussliquidität an Zentralbankgeld sollten aber durch eine Anpassung des Freistellungsmultiplikators im Tiering/Staffelzinssystem der EZB kompensiert werden.
- Zudem bleibt der Europäische Wiederaufbaufonds für eine nachhaltige Erholung der Konjunktur in Europa unerlässlich. Für alle Länder in Europa muss dabei klar sein, dass mit diesem Mechanismus eine Abgabe von nationaler Souveränität verbunden ist. Die dabei aufgestellten Konditionalitäten sichern nationale Interessen. Insofern sollten jetzt Blockaden aufgegeben werden. Als ultima ratio könnte dabei erwogen werden, mit den 25 Ländern, die dem Vorhaben zustimmen, wie beim ESM, eine zwischenstaatliche Lösung zu vereinbaren und einen späteren Beitritt offen zu halten. So kann sich Europa differenziert, aber dennoch geeint weiterentwickeln, auch um die Veränderungen des digitalen und nachhaltigen Zeitalters anzunehmen und zu gestalten.

27. November 2020

Autoren:

Dr. Reinhold Rickes Reinhold.Rickes@dsgv.de

Dr. Sonja Scheffler Sonja.Scheffler@dsgv.de

Dr. Holger Schulz Holger.Schulz@dsgv.de

Exkurs

Veränderungen des digitalen und nachhaltigen Zeitalters annehmen und gestalten

Mit zunehmender Dauer der Corona-Pandemie treten auch deren langfristige gesellschaftliche und ökonomische Folgen zu Tage. Die Corona-Pandemie hat die Transformation der post-industriellen Gesellschaft in die digitale und nachhaltige Gesellschaft nochmals beschleunigt. Ein wichtiger Aspekt ist hierbei, wie zukünftig Wertschöpfungsprozesse organisiert werden. Denn die disruptiven Veränderungen des neuen Zeitalters zeigen sich auch in einer Entgrenzung des Raumes.

So ist es für zahlreiche Wertschöpfungsprozesse nun nicht mehr notwendig, an einem Ort zusammen zu kommen. Auch mit dezentralen Lösungsmethoden können kreative und innovative Produkte und Dienstleistungen entwickelt werden. Konzentrationsbewegungen auf Großstädte und Ballungsräume kann entgegengewirkt werden, ohne an Wertschöpfungsqualität einzubüßen. Eine noch stärkere Entwicklung des ländlichen Raumes wird möglich. Essentiell ist hierfür der landesweite Infrastrukturausbau. Dank digitaler Unterstützung können dann Arbeitswege und damit einhergehend auch der CO2-Ausstoß reduziert werden.

Als ein zentraler Aspekt veränderter Wertschöpfungsprozesse wird derzeit das verstärkte Arbeiten im Homeoffice diskutiert. Der Trend zum mobilen Arbeiten ist zwar nicht neu, aber die Corona-Krise könnte sich als Katalysator erweisen. So dürften die positiven Erfahrungen mit dem Arbeiten im

Autoren:

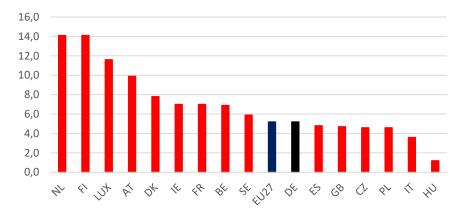
Dr. Gertrud R. Traud GertrudRosa.Traud@helaba.de

Dr. Reinhold Rickes Reinhold.Rickes@dsgv.de

Dr. Sonja Scheffler Sonja.Scheffler@dsgv.de

Mobiles Arbeiten schützt das Klima und unterstützt die Entwicklung des ländlichen Raumes

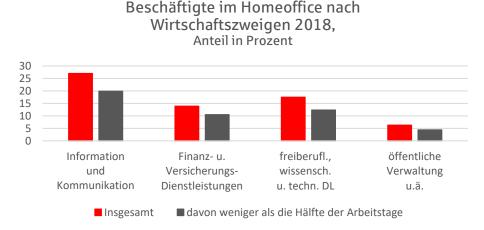




Homeoffice in der Krise dazu führen, dass künftig mehr Bürobeschäftigte zumindest tage- oder wochenweise von zu Hause aus arbeiten.

Quellen: Eurostat, Helaba Volkswirtschaft/Research

Die Arbeit im Homeoffice hat Vor- und Nachteile. Den Vorzügen der größeren Flexibilität und wegfallender Wegezeiten steht der Verzicht auf direkte Kontakte gegenüber. Auch bietet nicht jede Wohnung und Familiensituation ideale Bedingungen für das Arbeiten von zu Hause. Deshalb wird die Entscheidung für das Büro im Unternehmen oder zu Hause in den meisten Fällen kein Entweder-oder sein, sondern eher ein Sowohl-als-auch. Auch wirft die verstärkte Nutzung der privaten Wohnung zur Erbringung der Arbeitsleistung Fragen nach der Kostenbeteiligung der Arbeitgeber auf. Steuerliche Aspekte müssten ebenso geklärt werden. Was in der akuten Krise als Improvisation akzeptabel erscheint, könnte als Dauereinrichtung zum Beispiel mit Vorschriften wie der Arbeitsstättenrichtlinie kollidieren.



Quellen: Statistisches Bundesamt, Helaba Volkswirtschaft/Research

Hier begegnen sich alte und neue Welt. Die Übergänge gilt es, mit zukunftsweisenden Vereinbarungen auf betrieblicher Ebene zu gestalten. Ein möglichst dezentraler Ansatz unter Wahrung der Tarifautonomie sollte hier am erfolgversprechendsten sein.

Falsch wäre es auf jeden Fall, mobiles Arbeiten beispielsweise steuerlich zu belasten, um einen Ausgleich für die fehlende Nutzung der öffentlichen Infrastruktur oder des Konsums bei Fahrten zur Arbeit zu schaffen. Im Gegenteil: Mobilität sollte auch beim Arbeiten als positiver Wertschöpfungsfaktor gesehen werden. Sie trägt durch eine Reduktion der Arbeitswege zur Verminderung externer Kosten für die Gesellschaft bei. Insofern sollten grundsätzlich Mobilitätskonzepte für die neue Arbeitswelt wirtschaftspolitisch gefördert werden.

Die gestiegene Akzeptanz des Homeoffice bei vielen Arbeitnehmern und Führungskräften wird strukturelle Folgen haben. Auch wir rechnen infolge der Erfahrungen aus der Krise mit einer künftig stärkeren Nutzung. Das Ausmaß ist aus heutiger Sicht aber schwer abzuschätzen.

Die verstärkte Nutzung mobilen Arbeitens kann auch zu einem sinkenden Büro-Flächenbedarf führen und somit Auswirkungen auf den Immobilienmarkt haben. Natürlich sind auch gegenläufige Effekte durch die Pandemie denkbar, wenn zum Beispiel künftig auf größere Abstände zwischen den Arbeitsplätzen geachtet wird oder mehr gemeinsam genutzte Flächen vorgesehen werden. Im Gegensatz zu anderen Ländern sind aber die Pro-Kopf-Büroflächen in Deutschland relativ hoch. Entsprechend dürfte dieser Effekt hierzulande geringer ausfallen als beispielsweise in den USA oder in Großbritannien.

Wie groß die Effekte des verstärkten mobilen Arbeitens auf den Büromarkt sein werden, hängt aber nicht nur von einer bestimmten Quote mobilen Arbeitens ab. Diese ist bisher in Deutschland im europäischen Vergleich nicht besonders hoch. Entscheidend ist vor allem die Reaktion der Unternehmen: Erst wenn mehr Mitarbeiter im Homeoffice keinen festen Arbeitsplatz mehr zugewiesen bekommen, sondern diesen mit Kollegen teilen, werden spürbar Flächen eingespart.

Meist kommt es erst nach einem Umzug oder nach dem Auslaufen langfristiger Mietverträge zu Flächeneinsparungen. Darüber hinaus ist zu beachten, dass am Büromarkt nicht nur die Pro-Kopf-Fläche zählt, sondern sich auch die Zahl der Beschäftigten insgesamt verändert. So könnte nach Überwindung der krisenbedingten Delle am Arbeitsmarkt die Zahl der Bürobeschäftigten in den Top-Standorten in den kommenden Jahren wieder deutlich zunehmen.

Langfristig kann das verstärkte mobile Arbeiten die Nachfrage nach Büroflächen verringern. Gegenläufige Effekte wie veränderte Raumplanung oder eine allgemein wieder zunehmende Beschäftigung verhindern wohl auch hier stark negative Marktreaktionen. Selbst ein in einer Größenordnung um ein Zehntel schrumpfender Büroflächenbedarf über mehrere Jahre könnte zumindest teilweise durch eine entsprechende Reaktion auf der Angebotsseite (geringere Neubautätigkeit, verstärkte Konversion von Büroimmobilien) aufgefangen werden.

Als Fazit bleibt: Die positiven Erfahrungen mit mobilem Arbeiten in der Zeit der Corona-Pandemie sind ein gutes Fundament für die weitere Entwicklung. Mobiles Arbeiten sollte breit unterstützt und stärker gefördert werden.

Disclaimer

Die vorliegenden Positionen der Volkswirte entsprechen nicht notwendigerweise der Haltung der DekaBank oder der Haltung der jeweiligen Landesbanken und Sparkassen. Dieses Papier wurde mit Hilfe folgender acht Institute erstellt:

LBBW

Berliner Sparkasse

Haspa

DekaBank

NORD/LB

BayernLB

Helaba

Kreissparkasse Köln

Impressum

Herausgeber

Deutscher Sparkassen- und Giroverband Abteilung Volkswirtschaft, Finanzmärkte und Wirtschaftspolitik Charlottenstraße 47 10117 Berlin

Telefon: 030 20225-5303 DSGV-Volkswirtschaft@DSGV.de

www.DSGV.de

Redaktionsschluss dieser Ausgabe

25. November 2020

Gestaltung

Franz Metz, Berlin

Bildnachweis

pixabay/jarmoluk

Verantwortlich

Pia Jankowski – DSGV Direktorin Leitung Volkswirtschaft, Finanzmärkte und Wirtschaftspolitik Pia.Jankowski@DSGV.DE

Dr. Reinhold Rickes – DSGV Abteilungsdirektor Leitung Volkswirtschaft Reinhold.Rickes@DSGV.DE

Hinweis

Alle Publikationen dieser Reihe finden Sie unter: https://www.dsgv.de/positionen.html#standpunkte